

Care Ökonomie und Grüne Wirtschaftspolitik: Arbeit anders wertschätzen und bewerten!

Von Lisa Paus

Seit Gründung der Grünen ist ein kritischer Blick auf die herrschenden Geschlechterverhältnisse eine wichtige Voraussetzung grüner Politik. Grüne Frauen haben diese Politik gegen manche Widerstände auch innerhalb unserer Partei erkämpft. Gerechtigkeit und Chancen entscheiden sich eben nicht allein an den finanziellen Voraussetzungen der Menschen. Die Förderung und Herausbildung besonderer Fähigkeiten, eine persönliche Migrationsgeschichte oder verschiedene Hindernisse, die dem eigenen Fortkommen im Wege stehen, bestimmen mit über die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten. Geschlechtliche Diskriminierung und geschlechtsspezifische Entwicklungswege haben einen besonderen Einfluss darauf, welche Chancen Frauen und Männer in unserer Gesellschaft und Wirtschaft erhalten und wie sie diese nutzen können.

Politisch sind zwei Blickwinkel entscheidend, um die freie Entscheidung über Lebens- und Karrierewege zu verbessern:

1. *Die Bekämpfung von Diskriminierung*, wie sie sich in schlechterer Bezahlung bei ähnlichen Jobs, wenig familiengerechten Arbeitsverhältnissen und verbauten Karrierewegen nach familiär bedingten Auszeiten darstellt und
2. *Die Förderung einer neuen Sichtweise auf Arbeit*, die einerseits auch unbezahlte Tätigkeiten, Familienarbeit und soziales Engagement in den Blick nimmt, andererseits aber auch in eine Neubewertung von (Erwerbs-)Arbeit mündet.

Der Begriff der Care Ökonomie knüpft vor allem an den zweiten Diskurs an und eröffnet neue Sichtweisen auf und Perspektiven von gesellschaftlicher Arbeit.

Grüne Wirtschaftspolitik: Den Blick erweitern

Grüne Geschlechter-Politik ist oft Anti-Diskriminierungspolitik. In der letzten Legislaturperiode wurde von Bündnis 90 / die Grünen vor allem die ungleiche Bezahlung von Frauen und die schlechteren Karrierechancen aufgrund von Unterbrechungen wie Elternzeit thematisiert. Forderungen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Quotierung von Aufsichtsräten sind Ausdruck dieses Engagements. Diese Forderungen sind richtig, sie reichen aber nicht aus. Wenn Frauen in gleichen Feldern wie Männer nach beruflicher Entwicklung suchen, werden sie in der genannten Weise am Fortkommen gehindert: Starre Maßstäbe des Verweilens in einer bestimmten Firmenabteilung statt Familienphasen, gut funktionierende Netzwerke für die Jungs und wenig Verständnis dafür, dass wichtige Termine auch früher und themenzentrierter ablaufen können, um Familienleben nicht zu behindern.

Wir müssen den Blick aber noch erweitern. Wenn Tätigkeitsbereiche wie Pflege, Sozialarbeit oder Erziehung unterbezahlt sind und schlecht bewertet werden, also diejenigen Bereiche, die unter dem Stichwort „Care Ökonomie“ diskutiert werden, sind das keine Naturgesetze. Es handelt sich um gesellschaftliche und ökonomische Abmachungen, die so – aber auch anders ausfallen können. Denn: viele frauentypische Arbeits- und Erwerbsbereiche sind nicht deswegen so schlecht bezahlt, weil diese Aufgaben weniger wichtig, voraussetzungsreich oder anstrengend wären, sondern weil die Bewertungsmaßstäbe männerzentriert und ungerecht formuliert sind. Der ErzieherInnenstreik ist ein Beispiel um Auseinandersetzungen, die sich um eine gerechte Bewertung von Arbeit drehen. Hier muss der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und gerechte Bewertungs- und Eingruppierungsmaßstäbe vorsehen. Es ist nicht einzusehen, warum – wie in Berlin - meist männliche Müllmänner besser bezahlt sind als meist weibliche outgesourcte Sozialarbeiterinnen. Lohnrückerei in sozialen Bereichen darf nicht Politik der öffentlichen Hand sein und muss auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden! Und es ist keine Lösung, dass Frauen, die sich

beruflich entwickeln wollen, diese wichtigen Tätigkeitsbereiche verlassen und die Unterbewertung fortgeschrieben wird.

Historisch waren mehr als jahrzehntelang helfende und versorgende Tätigkeiten entweder einem Aufopferungsdiktat unterworfen, wie sie sich mit dem Bild der Krankenschwester als Nonne verbinden, die ganz und gar selbstlos für die Patienten da ist – die aber auch keine alternativen Erwerbsmöglichkeiten als eben in einem frauentypischen Beruf hat. Oder aber materiell abgesicherte Frauen nutzten Tätigkeiten im Bereich der Care Ökonomie, um gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu können. So entstanden Sozialvereine von Frauen, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert kostenlose Sozialarbeit anboten und sich als Belohnung mehr gesellschaftliche Teilhabe von Frauen erhofften. Beide Traditionen wirken noch heute fort. Frauen gelten als sozial kompetenter, diese Tätigkeiten werden aber auch mehr als persönliches Engagement angesehen denn als Broterwerb. Niemand würde von einem Automechaniker verlangen, ehrenamtliche Sonderschichten aus einem besonderen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein heraus zu fahren. Bei Krankenschwestern und Erzieherinnen ist ein solcher Gedanke dagegen schnell formuliert.

traditionelle Familienbilder reproduzieren soziale Ungleichheit

Die Wahrnehmung, soziale und familienorientierte Arbeit seien besondere, nichtprofessionalisierte Bereiche, blockieren aber nicht nur Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung. Sie zementieren ihrerseits wiederum soziale Unterschiede. Nicht umsonst stehen wir Grünen Forderungen wie dem Betreuungsgeld kritisch gegenüber. Anstelle einer professionellen öffentlichen Kinderbetreuung werden hier Frauen auf ihre Rolle als soziales Wesen festgelegt, dass sich quasi urwüchsig um die Kinder kümmert und dafür gerne 3 Jahre zu Hause bleibt.

Einmal abgesehen davon, dass 150 € für einen Fulltime-Job nicht gerade viel sind und es nach einer solch langen Familienphase immer schwieriger wird, wieder in Erwerbsarbeit zu gehen: Während das Betreuungsgeld in den großen Familientopf fließt, führt es vor allem in ärmeren Familien zur Nicht-Inanspruchnahme von Betreuungseinrichtungen. Hier werden 150 € als echtes Zubrot wahrgenommen und stellen eine Alternative zu gering qualifizierten und oft auch langweiligen Jobs dar. Dadurch entstehen aber gerade dort Bildungsnachteile für Kinder, wo es am Wichtigsten wäre, sie auszugleichen.

Es ist eben nicht so aus dem Ärmel zu schütteln, was gute Kinderbetreuungseinrichtungen an Anregungen und vorschulischer Bildung bieten. Darum bewerten Bündnis 90 / Die Grünen Betreuungsangeboten immer stärker als einen rein finanziellen Ausgleich für Familienarbeit und lehnen auch Forderungen wie ein Erziehungsgehalt ab. Es gibt die Möglichkeit, Betreuung und Erziehung in öffentlicher Verantwortung zu organisieren, hierfür professionell auszubilden und dies angemessen zu bezahlen. Es ist nicht der richtige Weg, vor allem Anreize für das Hausfrauenmodell auf Kosten anderer Lebensentwürfe zu schaffen. Wenn das eine attraktiver ist und für die Entwicklung anderer Wege angemessene Betreuungsangebote fehlen, entscheiden sich viele Frauen quasi zwangsweise für veraltete Familienmodelle. Darum müssen wir aufpassen, dass unter dem Stichwort „Care Ökonomie“ Anerkennung und Wertschätzung thematisiert werden – aber eben nicht die Rolle rückwärts in der Familienpolitik.

Wachstumsmarkt Care Ökonomie?

Unser Wahlprogramm hat unter dem Stichwort „Green New Deal“ einen anderen Weg beschrieben. Bereiche der Care Ökonomie wie der Gesundheitssektor, die Pflege, Bildung und Betreuung sind mögliche Wachstumsmärkte – die ihrerseits wiederum wichtige Impulse für andere Wirtschaftsbereiche setzen. Wo umfassende soziale und gesundheitsorientierte Dienstleistungen angeboten werden, die berufliches Fortkommen unterstützen, kann die Wirtschaft auch in anderen Tätigkeitsbereichen besser die Potentiale der Menschen nutzen.

Die Care Ökonomie kann dann als Wachstumsmarkt funktionieren, wenn sie mit fairen Löhnen verbunden ist. Weder darf „Ehrenamt“ der Ausweg sein, um soziale Dienstleistungen schlicht nicht mehr bezahlen zu müssen. Noch dürfen wir zulassen, dass besonders in diesen Bereichen – wie wir es z.B. gerade intensiv bei der Pflege beobachten – reguläre Beschäftigung durch prekäre Beschäftigung verdrängt wird.

Ergänzend müssen wir Frauen wie Männer, die vorübergehend wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, auch entsprechend absichern. Elterngeld wie Pflegegeld sind sinnvolle Unterstützungsmaßnahmen, wenn sie für einen begrenzten Zeitraum soziale und familiäre Tätigkeiten absichern, aber nicht den dauerhaften Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit sponsern. Eltern lassen sich nicht einfach ab dem Geburtstermin durch KinderpflegerInnen ersetzen, und auch kranke Verwandte sollen nicht einfach in Pflegeheime abgeschoben werden. Es wäre aber auch falsch, diese familiären Hilfsleistungen zu verklären und als Alternative zur Erwerbsarbeit aufzubauen.

Eine neue Sichtweise brauchen wir aber auch im Hinblick darauf, wer für ein soziales Miteinander verantwortlich ist. Auch dies wird in Familien allzu leicht an bestimmte – meist weibliche – Mitglieder delegiert. Verantwortung kann aber genauso wie Erwerbsarbeit auch in Teilzeit übernommen werden, und Familienmitglieder können sich hier abwechseln. Neben Vollzeitmodellen brauchen wir darum mehr Teilzeitmöglichkeiten für geförderte Familienzeiten.

Wir wollen buntere Übergänge zwischen Engagement und Erwerbsleben ermöglichen. Neben familiären Dienstleistungen bieten Nachbarschaftshilfe im Kiez, soziale Netzwerke und Initiativen oder freiwillige gegenseitige Unterstützungssysteme von der Kinderbetreuung über Hausaufgabenhilfe, Pflege, Spracherwerb bis zu Reinigung oder gemeinsamen Kochen wirtschaftliche Potentiale, die bei richtiger Förderung auch in Selbstständigkeit münden können. Im Rahmen der Care Ökonomie können wir Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit auch als Maßnahme der Wirtschaftsförderung gestalten. Aus sogenanntem Ehrenamt entsteht auch die Möglichkeit von Teilzeit-Gründungen, die flexiblere Arbeitszeiten in der Familienphase einerseits bieten, andererseits aber auch leicht zu professionalisierende Bereiche wie Tagesmütter, dezentrale regionale Pflegeangebote oder neue Gesundheitsberufe umfassen – schon heute ist hier die Zahl von Frauen überproportional, die sich als Selbstständige versuchen.

Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik, Engagementpolitik

Für die Wirtschaftsförderung bedeutet ein solcher neuer Blick auf Existenzgründung auch die Abkehr vom klassischen Bild des männlichen, jungen, deutschen Existenzgründers in Vollzeit. Die Fördermöglichkeiten müssen entsprechend angepasst und auf Teilzeitmodelle, Familienphasen, interkulturellen Hintergrund oder besondere, bisher gesellschaftlich unterbewertete Tätigkeiten ausgeweitet werden. So war auch die Abschaffung der Ich-AG, einer sehr unkomplizierten Möglichkeit zur Selbstständigkeit durch die große Koalition genau die falsche Weichenstellung. Wir müssen den Fokus bei Selbstständigkeit stärker auf sehr kleine Unternehmen verlagern, die schon jetzt einen wesentlich größeren Anteil an Gründungen als größere Unternehmen haben und oft im Bereich der Care Ökonomie angesiedelt sind.

Mehr wirtschaftliche Möglichkeiten erschöpfen sich nicht in einer besseren Förderung von Selbstständigkeit im Bereich der Care Ökonomie. Geringfügige Beschäftigung und Beschäftigung im niedrigen Einkommensbereich sind hier heute besonders stark verbreitet. Wir Grünen wenden uns gegen eine Ausweitung von Minijobs, durch die immer neue Arbeitsbereiche aus regulärer Beschäftigung herausgelöst werden. Ein richtiger Weg war die unter rot-grün vorgenommene Einführung der Midijobs, die bei geringeren Sätzen volle soziale Absicherung ermöglichen. Mit unserem grünen Progressiv-Modell unterstützen wir durch einen schrittweisen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge im Bereich bis 2.000 € reguläre und sozial abgesicherte Beschäftigung z.B. nicht nur im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen, sondern auch bei Pflege und Betreuung. Wir brauchen einfache Regelungen, die

sozialversicherte Beschäftigung ermöglichen. Darum muss auch die Möglichkeit erhalten bleiben, mit geringem Zusatzbeitrag über einen Minijob Lücken in der Beitragszahlung zur Rentenversicherung zu schließen.

Eine lebendige Gesellschaft braucht Einmischung, Kreativität und Beteiligung. Jugendfreiwilligendienste geben Orientierung in einer wichtigen Lebensphase und vermitteln soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten. Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Deshalb wollen wir die Anzahl an Freiwilligendienstplätzen mehr als verdoppeln und es qualitativ weiter verbessern. Der Zivildienst ist dafür keine Alternative: immer weniger Wehrpflichtige werden regulär eingezogen, so dass sich die Frage der Wehrgerechtigkeit stellt. Bei sehr kurzen Dienstzeiten können Einrichtungen mit Zivis auch nicht mehr verlässlich planen. Freiwilligendienste können dagegen – wenn sie zusätzlich sind und keinesfalls professionelle Arbeit ersetzen – die Wertschätzung von und die Erfahrung in und mit der Care Ökonomie fördern. Sie schaffen Übergänge und Appetit auf mehr – gerade auch für junge Männer, die nicht „automatisch“ an eine Berufstätigkeit in sozial orientierten Bereichen denken und so eingefahrene Rollenbilder verlassen können.

Politik für mehr gesellschaftliches Engagement kann die gesellschaftliche und ökonomische Anerkennung der Care Ökonomie fördern. Grundsätzlich darf „Engagementpolitik“ aber nicht heißen, aus bezahlter Arbeit ein „Ehrenamt“ zu machen, das dann vor allem Frauen unbezahlt leisten. Es muss darum gehen, die Wertschätzung für bisher unterbezahlte oder nicht bezahlte Wirtschaftsbereiche zu erhöhen. Wenn wir hier neue Bewertungsmaßstäbe anlegen, müssen aber auch die Finanzierungsgrundlagen neu geregelt werden. Der Bund darf die Kommunen dabei nicht alleine lassen, sondern muss seiner Verantwortung und Vorbildfunktion gerecht werden.